

Der Bodenfonds als Möglichkeit  
des praktischen, ethischen Handelns  
Juni 2003

Die Landlosen / Jesus und das Geld  
Eine Auseinandersetzung mit zwei Veranstaltungen  
Februar 1998

Getroffen und doch daneben?  
Wie bringen wir uns und unsere Themen  
sachlich, stilistisch und politisch richtig in  
eine öffentliche Kommunikation ein?  
Dezember 2006

Über die Schwierigkeiten, Ergebnisse eines  
individuellen Erkenntnisprozesses in einen  
allgemeinen einfließen zu lassen, ...  
... über das Wirken von Karl Walker  
Dezember 1975

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

oooooooooooooooooooo

Hier: Text 20.6

Getroffen und doch daneben?  
Wie bringen wir uns und unsere Themen  
sachlich, stilistisch und politisch richtig in  
eine öffentliche Kommunikation ein?

Dezember 2006

# Getroffen und doch daneben? Wie bringen wir uns und unsere Themen sachlich, stilistisch und politisch richtig in eine öffentliche Kommunikation ein?

Von  
Tristan Abromeit  
Dezember 2006

## 1. Formfreie Einbringung in die Öffentlichkeit

In meiner Ergänzung vom Dezember 2006 zu meinem Text „Aufruf „aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken“ / Offener Brief an Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann vom 22. Januar 2002“ habe ich geschrieben:

„Wer gesellschaftspolitische Themen so verarbeitet, wie ich es tue, der kann nur auf eine Wirkung im zweiten und dritten Glied der Funktionsträger im Staat, in den Verbänden und Kirchen hoffen. Beim Offenen Brief sind die Mitempfänger eigentlich die Hauptempfänger. Der genannte Adressat, die genannte Empfängerin ist meistens aufgrund der empfangenen Informationsflut gar nicht in der Lage, alles, was auf den Tisch kommt, zu verarbeiten. Ich gehe davon aus, daß meine (und die der vielen mir unbekanntem Mitstreiter für eine bessere Gesellschaft) Chance darin liegt, daß ich (und die Unbekanntem) nicht dem Diktat der Sprachregelungen, der institutionellen Rücksichtnahme und der bürokratischen Vorgaben unterworfen bin. Daß also das, was ich (wir nicht Berufenen) schreibe(n), eine geistige Abwechslung für die Menschen in den verarbeitenden Bürokratien ist und sich so neue oder andere Gedanken in die Köpfe der Entscheidungsträger von morgen festsetzen.“

## 2. Die Einschränkungen

### 2.1 Die Anforderungen am persönlichen Stil

Hier möchte ich die Aussagen über das fehlende Diktat der Sprachregelungen und das Frei-sein von Rücksicht auf vorgegebene Argumentationsmuster etwas einschränken. Der Anlaß zu dieser Auseinandersetzung mit diesem Thema ist der Brief eines Freundes vom Juli 2003, der mir jetzt wieder vor die Augen kam, ein Strategiepapier über die Frage, wer für die Freiwirtschaft politischer Bündnispartner sein kann und wer nicht von Georg Otto ([www.alternativen.biz](http://www.alternativen.biz)), dem ich aus den Aufbaujahren der grünen Partei besonders verbunden bin und ein ausführliches Arbeitspapier von Joseph Brennicke mit dem Titel „Die Blinden Flecken der Freiwirtschaftslehre“, daß unter [www.freiwirtschaft.de](http://www.freiwirtschaft.de) diskutiert wird.

Das, was unter dem Namen Natürliche Wirtschaftsordnung oder Freiwirtschaft <sup>1</sup> verstanden und verhandelt wird, wird von den Kundigen als ein kostbares Gut betrachtet, daß auf dem beschwerlichen Weg ins öffentliche Bewußtsein allerlei Gefahren ausgesetzt ist. Eine Gefahr besteht zum Beispiel darin, daß der jeweils Kundige sich unangemessen als Besitzer einer Wahrheit aufführt und andere dadurch abschreckt, sich mit diesem Gedankengut – ein marktwirtschaftliches Modell – näher zu befassen. Eine andere Gefahr besteht darin, daß die Freiwirtschaft – eine vom Kapitalismus und Bürokratismus befreite Marktwirtschaft > Soziale Marktwirtschaft im ursprünglichen Sinn < – mit politische Vorstellungen verknüpft wird, die ein Widerspruch zum Inhalt der Lehre bilden und / oder öffentlich negativ bewertet werden und somit auf das Modell zurückfallen und es abwerten.

Da die Gesellschaft als Ganzes oder die Teilbereiche Politik und Wissenschaft das Modell NWO mehr als stiefmütterlich behandelt hat und noch behandelt und die Menschen, die sich um den Transport dieses Gutes in das öffentliche Bewußtsein bemühen, keine zentralistische Organisation bilden und damit kein „Zentralkomitee“ haben, das Vorgaben in Bezug auf Sprache, Kontakte und Verfahren machen könnte, ist immer latent die Sorge vorhanden, daß es am pfleglichen Umgang mit dem „Schatz“ NWO mangeln könnte. Unausgesprochen wird erwartet, daß in einer sympathischen Weise für die NWO geworben und nur bei Personen und Organisationen, die selber die Rolle des sympathischen und soliden Sympathieträger für die Freiwirtschaft übernehmen könnten. Wer ein respektabler Absender und Adressat ist, wird aber nirgendwo gesagt. Nur gruppenintern und informell ärgert oder wundert man sich manchmal gegenseitig, wie „unmöglich“ der andere mal wieder argumentiert oder vorgeht.

Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß derjenige, der sich in die Zahl jener einreihet, die dem großen „Schatz“ den gebührenden Platz verschaffen will, auch Rücksicht nehmen muß, auf die Art und Weise, wie sich andere einbringen und anstrengen. Nur darf auch hier die Rücksichtnahme nicht zum Diktat werden. Ein Freund meinte, ich hätte mein oben benanntes Schreiben vom Juni 2003 nicht richtig angepackt, schrieb mir damals:

... mich ärgert zutiefst Dein Schreiben an die Bischöfin Frau Dr. Käßmann. Wie kannst Du nur in dieser unmöglichen Form Briefe in die Welt schicken? Du blamierst Dich selbst und uns mit unserem Anliegen bis auf die Knochen, wenn Du einen Brief an die Bischöfin

---

1 Die NWO = Natürliche Wirtschaftsordnung, wird auch unter Humanwirtschaft, Fairconomy, Liberalsoziale Ordnung und auch unter Soziale Marktwirtschaft im ursprünglichen Sinn gehandelt.

zugleich an eine ganze Kompanie von Mitempfängern schickst. Und dann die erste Zeile Deines Briefes: "diesen Brief würde ich auch an die Vereinigungen der Putzfrauen richten ...". Das ist eine Frechheit. Bist Du total von Sinnen? Auch über Veranstaltungen zu berichten, an denen Du nicht teilgenommen hast, finde ich sehr merkwürdig.

Ob Du bei mir angerufen hast und was Du mir zu kopieren versprochen hast, interessiert die Bischöfin doch nicht. Und auch die Art, wie Du Hans Trein 'verwendest', finde ich nur peinlich.

Trotz allem - herzliche Grüße

Nun, ein Brief in öffentlicher Sache, ist im Prinzip immer ein Offener Brief, wäre er es nicht, würden wir uns auf dem Gebiet dubioser privater „Geheimdiplomatie“ bewegen. Der Offene Brief erzielt aber – wenn überhaupt – durch die Mitempfänger und Mitleser seine Bedeutung. Zu der Vereinigung von Putzfrauen: Wenn einer den Ausbruch eines Feuers melden will, fragt er doch nicht, ob der, der ihm über den Weg läuft, berechtigt ist, seine Nachricht zu empfangen und auch nicht, ob er der Feuerwehrhauptmann ist. Wenn auf einer Insel die Menschen am verhungern sind, dann hält jene Inselbewohnerin, die das Schiff mit Nahrung kommen sieht, ihre Nachricht auch nicht zurück, bis sie den Inselvogt gefunden hat, sondern schreit es laut heraus. Wohl von der kirchlichen, aber nicht von der christlichen Ideenwelt her gesehen, steht die Bischöfin im Rang höher als die Putzfrau. Außerdem geht es in meiner Aussage gar nicht um Ränge, sondern um Adressaten, die bereit und fähig sind, eine Nachricht aufzunehmen. Natürlich sollte es neben dem öffentlichen Schreiben auch weiterhin den vertraulichen Brief geben. Nur sollte dieser persönlichen Belangen und Dingen vorbehalten bleiben, die sich nicht für eine öffentlichen Diskussion eignen.

Und was Hans Trein betrifft: Er antwortete mir damals u.a.:

Vielen Dank auch für die Würdigung meiner kleinen Beiträge über die Landlosen und ihren Kampf für eine lebensfördernde Bodenreform und Politik.

Da seine Zeit im Austauschprogramm für Theologen ablief, hat er mich damals zu seiner Verabschiedung eingeladen. Ich bin nicht hingefahren, vermutlich weil ich in der Familie nicht abkömmlich war oder weil ich kein Geld für die Fahrkarte hatte. Ich bedauere es heute noch, dennoch bin ich überzeugt, daß ich ihm nützliche Informationen auf seinem Heimweg nach Südamerika mitgegeben habe.

Grundsätzlich ist aber zu sagen: Wer sich in die Öffentlichkeit einbringen will, muß dies auch

– wenn er es für richtig hält - in einer Art machen, die von der Öffentlichkeit und den eigenen Freunden nicht gebilligt wird. Karl Steinbuch schreibt dazu in seinem kleinen Buch „Plädoyer für eine liberale Zukunft“:

Weil die meisten Menschen Angst haben, sich durch ihre Meinung von anderen Menschen zu unterscheiden, beginnt die persönliche Meinungsbildung mit der Beobachtung der Meinung anderer. Findet sich der einzelne auf derjenigen Seite, die allgemeine Zustimmung findet, dann wird er selbstbewußt und spricht seine Meinung deutlich aus. Merkt er aber, daß seine Meinung nicht > ankommt <, dann wird er unsicher und hält sich zurück <E. Noelle-Neumann>. (S. 9)

Diese Anmerkungen sprechen aber nicht dagegen, auch Papiere nach bewährten Mustern zum Transport von Protesten und Informationen in die Öffentlichkeit zu produzieren. Aber jedes originelle Schreiben wird wohl eine höhere Aufmerksamkeit des Empfängers erwecken als ein Serienbrief (der dank PC-Technik wie ein Unikat aussieht) oder einen Text mit abgenutzten Formulierungen.

## 2.2 Die politischen Einschränkungen durch das Links-Rechtsschema

Da schon ein Jahrhundert um die öffentliche Beachtung der freiwirtschaftlichen Erkenntnisse – die ihrem Ausgangspunkt in Silvio Gesell haben – gerungen wird und eine Bewußtsein unter ihren Anhängern herrscht, daß diese Nichtbeachtung Krieg, Vernichtung und ein geschrumpftes Deutschland und weiteres weltweites Elend heute bedeutet, ist es verständlich, daß einzelne Personen oder Gruppen aus dieser Frustration heraus sich manchmal im Ton Stile ihrer Argumentation und Werbung vergreifen. Im Hinblick darauf, daß die Probleme, die gelöst werden wollen, Jahrtausende alt sind, ist Gelassenheit angesagt. Nur diese Gelassenheit erreichen ja nicht einmal alle, die noch tief in eine Religion verankert sind.

Die politische Kommunikation wird auch allgemein dadurch erschwert, daß wir alle Personen, Zielvorstellungen und Aktionen mit dem Raster Links / Mitte / Rechts belegen. Und dann darum kämpfen, welche Positionen als gut und welche als schlecht zu gelten haben. Übersehen wird, daß nicht nur diese Positionsbeschreibungen diffus sind, sondern jeder Mensch mit unterschiedlicher Gewichtung – je nach Lebensbereich und -alter – alle drei Positionen in sich trägt. Es wird auch viel zu wenig nach den Funktionen der einzelnen politischen Positionen gefragt. Das Schema Linke-Rechte ist die Balancierstange der Mitte. Wenn es hier Schief lagen gibt, ist immer die Mitte der Verursacher.

### 3. Zu den Begriffen *progressiv* und *konservativ*

Karl Steinbuch (Kybernetiker, 1917 – 2005) beschreibt in seinem Buch „Zukunftsbewältigung“, 1995 (Es ist bei Wikipedia bei seinen Werken nicht aufgeführt.), in dem Kapitel „Meine Kurskorrektur“, zitiert er eigene >progressive<, linke Positionen von 1968 und schreibt dann: „Wenn ich diese Sätze heute lese, dann vermag ich kaum zu glauben, daß ich selbst ihr Verfasser bin. In 20 Jahren hat sich meine Einstellung total gewandelt“ ... (S. 105)

Und dann zitiert er Irving Kristol: „Ein Neo-Konservativer ist ein Liberaler, den die Realität gebeutelt hat.“ und schreibt weiter:

„Aber auch dies habe ich gelernt: Man kann hier und jetzt als Linker leicht und komfortabel leben – als Rechter braucht man einigen Mut.“ (S. 107) An anderer Stelle bekommt bei Steinbuch das Wort „Progressiver“ eine ganz negative Bedeutung. Dabei ist es doch so, daß jede Gesellschaft ihre Progressiven benötigt wie der Hefekuchen die Hefe. Das Problem ist nur, daß zu Steinbuchs Wirkungszeit die Progressiven als Programm vertraten, was in den Gesellschaften hinter dem damaligen Eisernen Vorhang – real nicht verbal - als konservativ galt. Die Progression in Deutschland war (und ist noch mehrheitlich) eine Regression. Steinbuch hätte also gegen die Regression im Kleide der Progression argumentieren müssen. Auch wenn Steinbuch mir so vorkommt wie ein Konvertit, den die Kraft, die es gilt zu entfalten, um sich vom alten Glauben zu lösen, nach der Lösung dazu treibt, den Ritus der neuen Konfession zu übertreiben, halte ich ihn für lesenswert. Immerhin ist mir beim Lesen von Steinbuch mal wieder deutlich geworden, daß ich mich nicht bei den Linken, den Rechten und auch nicht bei den (FDP-)Liberalen einsortieren kann.<sup>2</sup>

Mein Widerspruch und meine Zustimmung halten sich bei dem, was ich von Steinbuch gelesen habe, die Waage. Zu- und Widerspruch kann sich sogar auf eine Passage beziehen. Steinbuch schreibt in Zukunftsbewältigung:

Gewiß: Geschichte wurde immer von den Siegern geschrieben, aber noch nie haben die Besiegten die verlogene Siegeregeschichte so devot hingenommen.

Hierauf sollten wir Bestehen:

Zu Hitlers Barbarei und zum zweiten Weltkrieg wäre es ohne die Barbarei des Versailler Vertrags nicht gekommen!

Der Erste Weltkrieg war ein gemeinsames Werk des Westens und der Unfähigkeit der beteiligten Nationen, ihre ökonomischen Probleme konstruktiv und nicht durch den Krieg lösen zu

---

<sup>2</sup> Ich war fast ein Jahrzehnt Mitglied der FDP. Die Mitglieder sind liebenswerte Leute, aber die FDP ist ein politischer Kastrat.

wollen. Auch der „Frieden“ danach ist ein gemeinsames Werk und der Versailler Vertrag eine politische Dummheit. Aber der Vertrag alleine hat nicht den „Frieden“ gehindert ein wirklicher Frieden zu werden und auch nicht allein den Geburtshelfer für Hitler gespielt. Die reale Währungspolitik erst mit der Inflation, dann mit der Deflation, die eine gesellschaftszerstörerische Wirkung hatte<sup>3</sup>, übersieht Steinbuch wie viele andere kritische Geister auch. Und dieses Geschehen haben sowohl die demokratischen Parteien und wie auch die Sozialwissenschaften zu vertreten und hier insbesondere die Wirtschaftswissenschaft. Den Kampf gegen die zerstörerische Währungspolitik haben neben einer Hand voll Wirtschaftswissenschaftler im wesentlichen die Freiwirte geführt (und zum Schaden Deutschlands und der Welt verloren). Daß Gesell schon frühzeitig gesagt hat, daß es ein Unrecht ist, den Juden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anzuhängen, wurde damals überhört und heute noch nicht zur Kenntnis genommen. Daß dann neben dem Widerstand gegen Hitler auch einzelnen Anhänger der Freiwirtschaft auf den nationalsozialistischen Zug aufgestiegen sind, daraus will man heute ein Beurteilungskriterium für das Modell machen. Die Deutschen (aus allen politischen und ideellen Lagern) haben die Nationalsozialisten nicht groß gemacht, weil sie die Juden vernichten wollten, sondern weil sie sich von dem von den Siegern und den deutschen Demokraten verursachten Elend befreien wollten. (Daß dies kein Haftungsausschluß für das ist, was dann folgte, ist eine andere Sache.)

Mir kam bei der Überlegung, wo ich mich selber einsortieren sollte, aus weit zurückliegenden Soziologievorlesungen der Begriff „freischwebender Intellektueller“ in Erinnerung,<sup>4</sup> der eine Position zwischen dem Ideologen und dem Utopisten beschreibt. Aber Intellektuelle scheinen mir wie die Engel viel erwähnte aber nicht faßbare Wesen zu sein. Für mich müssen auch Gedanken handfest und konkret sein. Also muß ich mich damit abfinden, politisch existent aber heimatlos zu sein.

Ich – der ich mich mit Gleichgesinnten bemühe, etwas wirklich Neues in die Gesellschaft einzuführen - stoße mich seit Jahren an die zu stark konservative Haltung der MitbürgerInnen unserer Gesellschaft.<sup>5</sup> Trotzdem kann ich den Konservativismus doch nicht pauschal verurteilen. Stellen wir uns mal vor, alle täglichen Einfälle zur gesellschaftlichen Gestaltung würden täglich umgesetzt, daß würde bei Mord und Totschlag enden. Das Neue braucht schon den

3 Siehe Inflation und Deflation zerstören die Demokratie von Gerhard Ziemer, 1971.

4 In Wikipedia lese ich soeben, daß Mannheimer den Begriff „freischwebende Intelligenz“ von Alfred Weber übernommen und weiter verarbeitet hat.

5 Und diese konservative Haltung ist links, mittig oder rechts geprägt.

Widerstand des Alten, aber auch Übungsräume und Anwälte. Das Verhältnis von Progressiven zu Konservativen mag in Normalzeiten vielleicht mit 1 : 9 richtig sein. Das Verhältnis muß sich aber auch in Zeiten gesellschaftlicher Bedrängnis umkehren können.

Bei Milton Friedman ist in „Kapitalismus und Freiheit“, im Vorwort zur deutschen Ausgabe, folgendes zu lesen:

So gern ich mir diese Veränderungen in der Praxis und in der vorherrschenden Meinung gutschreiben möchte: Der Lauf der Dinge war selbst viel wirksamer als die Überzeugungskraft meiner Argumente. Der Status quo hat große Autorität. Und die Leute sind nur dem Neuen aufgeschlossen, wenn die bestehenden Einrichtungen nicht funktionieren. In all den erwähnten Bereichen haben die bestehenden Einrichtungen nicht funktioniert - und also kam es dazu, daß man nach neuen Lösungen Umschau hielt. Wenn sich die Leute für eine neue Lösung entscheiden, nehmen sie meist das, was gerade vor ihnen liegt. Und daher bin ich mehr und mehr davon überzeugt, daß die Rolle von Büchern, wie diesem hier, in erster Linie darin liegt. Alternativen für bestehende Einrichtungen aufzuzeigen und lebendig zu halten, bis das Klima für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Alternativen durch die Gemeinschaft im großen ganzen günstig ist. Weniger liegt die Rolle dieser Bücher darin, Veränderungen der Zustände allein durch ihre Überzeugungskraft zu bewirken. (S. 14)

#### 4. Die Freiwirtschaft scheint nicht katalogisierbar zu sein

Auf der Rückseite des Buches „Das Räderwerk der Freiheit / Für einen Radikalen Kapitalismus“ von David D. Friedman (Sohn von Milton Friedman) steht:

Markt ist Anarchie ... und Anarchie ist Ordnung  
– die friedliche und freiheitliche Ordnung des Marktes eben.

Da die Freiwirtschaft ein marktwirtschaftliches Modell ist, ist sie auch ein anarchisches oder libertäres Modell im obigen Sinne. Auch die freiwirtschaftliche Urgründungsgruppe der GRÜNEN wurde als „bedeutungslose Anarchisten“ tituiert.<sup>6</sup> Trotzdem wird immer wieder versucht, – besonders von der den Antifa-Gruppen - Förderer der Natürlichen Wirtschaftsordnung in die politisch rechte Ecke zu stellen. Zum Teil liegt es daran, daß die Linke ideenmäßig auf die Zentralverwaltungswirtschaft fixiert war bzw. ist und daher alle, die auf die Markt-

6 Aber trotzdem mit dem Vorwurf „ultrarechte Tendenzen“ zu vertreten, kalt gestellt.



wirtschaft als Problemlöser setzten, als Verräter oder Rechte einstuften. Wobei marktwirtschaftliches Denken bei politisch rechts stehenden Leuten auch selten anzutreffen ist. Hier paßt das Wort Autarkie besser hin. Das die Linke auf die Zentralverwaltungswirtschaft ausgerichtet war und noch ist, wird der Unklarheit aber nicht der Programmatik von Karl Marx zugeschrieben.<sup>7</sup>

Auch aus dem „natürlich“ in dem Namen der Ökonomieschule „Natürliche Wirtschaftsordnung“ (NWO) wird ein Vorwurf gedreht. Dabei bezieht sich das Natürliche auf den Menschen – dessen Natur beachtet werden soll – und nicht auf die Ordnung, die immer den Köpfen der Menschen entspringt, aber nicht erfolgreich gegen erkennbare Ordnungen in der Natur formuliert werden kann. Gesells Denken war wie die seiner Zeitgenossen, die etwas zur Gesellschaft oder auch nur zur Ökonomie zu sagen hatten von Darwins damals neuen Erkenntnissen beeinflusst. Daraus einen Vorwurf zu machen, ist genauso, als wenn man heutigen Gesellschaftsdenkern vorwirft, ökologische Erkenntnisse in ihr Denken einzubeziehen.

Dann kommen bei Gesell auch die Begriffe Zuchtwahl und Hochzucht vor. Hier wollen sich besonders klug vorkommende Linke Gesell einen Rassismus vorwerfen, obwohl er praktizierende Internationalist war und das gleiche Recht für alle Menschen betonte. Zuchtwahl und Hochzucht sind zu jener Zeit aber eher pädagogische Begriffe als biologische. In diesen Tagen hörte im Radio eine Sendung über eine Ausstellung zum Thema Hochzeit. Es hieß heute hätte sich das Modell „Liebesheirat“ durchgesetzt. Wenn man etwas von Gesell gelesen hat, dann kann bei ihm „Zuchtwahl“ nur mit Liebesheirat übersetzt werden. Eine Heirat aus Zuneigung und nicht aufgrund des Geldbeutels und gesellschaftlichen Zwängen. Gesell war Realist genug um zu wissen, daß der Mensch in seinen Grundanlagen – auch in Zeiträumen von mehreren Generationen gedacht – nicht veränderbar ist. Aber es gibt Spielräume für Ausprä-

---

7 Karl Kautsky (Marxkenner, er ist sein Herausgeber und steter Interpret gewesen) hat bekannt :

**"Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, ein Geschlecht, eine Partei, eine Rasse.** Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe nur deshalb zum Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, dass wir darin irren, dass etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, dann müssten wir den Sozialismus (hier meint Kautsky die Verstaatlichung - F. Sch.) über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müssten es gerade tun im Interesse dieses Endziels." Fundstelle: <http://www.edimuster.ch/politik/kommunismus.htm>

gungen von Eigenschaften. So wie manche Sozialisten von dem neuen Menschen durch veränderte Rahmenbedingungen geträumt haben, so hat Gesell gedacht, durch sein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell würden sich die negativen Eigenschaften des Menschen dämpfen und die guten fördern lassen. Das ist das, wenn ich es richtig verstanden habe, was mit Hochzucht gemeint war.

Die Schwierigkeit mit der Freiwirtschaft besteht auch darin, daß sie nicht eindeutig einer politischen oder sonstigen Denkrichtung zugeordnet werden kann. Sozialistisch ist die Freiwirtschaft insofern, daß sie das Recht auf den vollen Arbeitsertrag realisieren will.<sup>8</sup> Daß dabei der Unternehmerlohn auch Arbeitseinkommen ist, läßt sich auch mit Marx begründen. Liberal ist die Freiwirtschaft insofern, daß sie den Markt, den Wettbewerb und offene Grenzen befürwortet. Anarchistisch ist die Freiwirtschaft, weil sie eine herrschaftsfreie Gesamtordnung anstrebt. Auch ist die Freiwirtschaft der übrig gebliebene Teil der einst großen Bodenreformbewegung. Namen, die mit Boden(rechts)reform verbunden sind: Henry George (USA) und Adolf Damaschke (Deutschland) und neben Silvio Gesell muß Franz Oppenheimer genannt werden.

Mit dem Wort Anarchie gibt es aber gleich wieder Probleme, weil das Wort für zwei Begriffe steht; einmal für Chaos und Gewalt und zum anderen für eine herrschaftsfreie Ordnung. Und das Anliegen der Bodenreform ist stark durch die gedankliche Schwäche und mörderische Politik des Sowjet-Sozialismus und die Vorgänge in China diskreditiert worden.

Und daß Christen die Natürliche Wirtschaftsordnung als die ihrem Glauben adäquate Ökonomie entdecken, ist kein Zufall. Und dies, obwohl Gesell selber mit dem Christentum nicht viel am Hut hatte. (Für diese Aussage verbürge ich mich aber nicht. Ich bin Freiwirt aber kein Gesell-Kundiger.) In diesen Tagen kam aus Anlaß der Meldung, daß Milton Friedman gestorben ist, die Frage auf, wie stark die Freiwirtschaft anarchistisch ist. Ein Korrespondenzpartner in einer E-Mail-Liste, der im Rentenalter ist, schrieb sinngemäß: „Ich bin von Kindesbeinen an mit der Freiwirtschaft vertraut. Ich habe sie aber immer nur als Christ verstanden. Ich muß mich jetzt erst einmal mit dem Anarchismus auseinandersetzen, um beurteilen zu können, ob aus meiner Sicht Freiwirtschaft und Anarchismus zusammengehen.“

---

8 Die marxistisch orientierten Sozialisten versuchten dieses Ziel mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel, die eine Zentralverwaltungswirtschaft erfordert, zu erreichen. Mein Eindruck ist der, daß im Laufe der Zeit das Mittel zum Ziel geworden ist, ohne daß sich die Akteure dessen bewußt sind.

## 5. Das Problem der Antifa

Die Sozialwissenschaften haben fleißig Theorien, Formeln und auch Propaganda entwerfend das freiwirtschaftliche Lösungsangebot übersehen oder – weil sie als Kryptoökonomie stigmatisiert wurde – ignoriert.

Die Kirchenhierarchien – die ich hier gerade zu meinen Adressaten gemacht habe – sind mehr als zurückhaltend in der Sache. Die Freiwirtschaft würde zwar den Kirchen eine größere Glaubwürdigkeit verschaffen, dafür kann man aber nicht unmittelbar etwas kaufen. Durch die absinkenden Erträge aus dem Kapital würden aber unmittelbar die Finanzen der Kirchen betroffen und davon wäre jeder Prediger auf der Kanzel betroffen. Also wird so gepredigt, daß die Zuhörer sich und ihre geschäftlichen Angelegenheiten so wandeln sollen, daß sich im Prinzip an die strukturell bedingte Ausbeutung der Arbeit nichts ändert. So kann die Kirche alles beim alten belassen. Am Ende weiß keiner mehr, was Wahrheit und was Lüge ist.

Was ist mit den Parteien? Wie verhalten diese sich? Ich bin lange genug Parteimitglied um zu wissen, daß hier der gute Wille der Mitglieder vorherrscht. Ein guter Wille macht aber noch keine gute Politik aus. Der Kurs der Parteien wird mehr von Ideologien als von Leitideen - in der der freie Bürger in einer freien Gesellschaft seinen Platz findet – bestimmt. Den Mitgliedern fehlt – da sie ihre jeweilige Partei wichtiger nehmen als die Gesellschaft – der Wille, die Partei unter Umständen für die Optimierung der Gesellschaft zu opfern. Der Selbsterhalt und der Machtausbau ist das Wichtigste. Dadurch sind sie wohl gezwungen ein Ohr für Wählerstimmungen zu haben, dieses Zuhören dient aber mehr dazu, den Wähler besser manipulieren zu können, als den Willen der Wähler in die Gestaltung der Republik einfließen zu lassen. Die Wähler durchschauen das Spiel zunehmend und bleiben der Wahl fern. Die Parteien haben – sofern sie überhaupt aufgrund der Wahl- und Finanzierungsbedingungen in die Parlamente kommen – sich Gebilde erwiesen, die wohl in der Lage sind die Macht im Staate zu ergreifen, aber dabei viele Probleme produzieren und nur wenige lösen. Die Zukunft der demokratischen Willensbildung muß daher anders aussehen. Kurzum: Die Parteien machen viel Lärm um Reformen, sind aber letztlich reformunwillig. Die Freiwirtschaft als realisierbares Modell hätte bei den Parteien nur dann eine Chance, wenn diese gewillt wären, sich gedanklich in der Ausgangslage der Sozialen Marktwirtschaft zurückzusetzen und zu prüfen, wo denn unsere Republik vom Kurs abgekommen ist. Bei dieser Klärung kämen sie (eine Partei oder alle Parteien) auch auf die Spur der Freiwirtschaft, sie könnten sie nicht mehr als Spinnerei von Außenseitern abtun. Obwohl wir eine Situation haben, wie sie Milton Friedman für die Zeit vor 1962 für die USA beschreibt, wo nichts mehr funktioniert, habe ich keine Hoffnung, daß un-

sere politische Klasse die notwendigen Anpassungsveränderungen ohne einen Druck von der Straße wie 1968 vornimmt oder vornehmen kann. Das ist ja das Merkwürdige, als Einzelpersonen sind die Mitglieder der politischen Klasse durchaus einsichtig, handeln trauen sie sich aber nur im Kollektiv zu und da sind sie plötzlich dumm und uneinsichtig.<sup>9</sup>

Um politische Kaste<sup>10</sup> auf Trab zu bringen, müßten wir den aufgeklärten Bürger haben, der weiß, welche positiven Entwicklungschancen ihn die Politik vorenthält. Da aber diese Aufklärung mit Schreiben, Zeitschriften, Büchern und Vorträgen mit einer geringen Streubreite kurzfristig nicht zu erreichen ist und es unverantwortlich wäre, auf einen größeren Problemdruck in der Gesellschaft als Förderer zu hoffen, sind wir auf die Hochschulen, die Volkshochschulen und die Medien angewiesen. Auch wenn hier eine steigende Aufmerksamkeit gegenüber freiwirtschaftlicher Argumentation, insbesondere für die Regionalwährungen zu verzeichnen ist, sind diese Informationsvermittler in Bezug auf die Freiwirtschaft ziemlich ahnungslos.

Manchmal fallen sie auch auf die roten Faschisten im Kleide der Antifaschisten rein.

Die Ahnungslosigkeit der Eierköpfe bei den Wissensvermittlern in Bezug auf Freiwirtschaft ist groß, dies nutzen jene Leute, die sich Antifaschisten nennen, für ihre Verleumdungskampagnen. Wir können nur hoffen, daß diese Leute nie politische Macht bekommen, denn stalinistische Zeiten würden folgen. Eine eigene Zielbeschreibung fürchten die Antifaschisten wie der Teufel das Weihwasser. Eine solche Zieloffenbarung würde sie als Verteidiger der Demokratie desavouieren. Die Motivation der Antifaschisten ist schwer zu durchschauen. Es kann sich um eine ideologische Eifersüchtelei handeln, aber in einzelnen Fällen auch um bezahlte Desinformation. Ich selber denke manchmal, daß der Antifaschismus, der eher eine Neigung zum Nationalsozialismus fördert als abschwächt, eine Art Geisteskrankheit ist. Das Schlimme sind auch nicht eigentlich die Antifaschisten, sondern die Ordens-, Würden- und Mandatsträger, die schadensfroh oder ängstlich wegsehen, wenn in ihrem Umfeld mal wieder ein überzeugter Demokrat mit dem Faschismusknüppel eins über gezogen bekommt. Die Schadensfreude kommt auf, weil man glaubt, ein lästiger Konkurrent um Ideen oder Macht werde da ausgeschaltet. Und die Angst entsteht, weil man durch eine offene Stellungnahme für die Betroffenen selber Opfer der Antifa werden könnte. Gerade diese Haltungen befördern eine faschistische Gesinnung, die angeblich verhindert werden soll. Aber noch schlimmer ist es, daß

---

9 Ich beanspruche nicht die Komplexität von Parteien und Parteienherrschaft hier in Gänze erfaßt zu haben.

Mir ging es nur darum, aufzuzeigen, daß die Freiwirtschaft unter den gegebenen Umständen keine Hoffnung auf unsere Parteien setzen kann.

10 Hier neutral als Sammelbegriff für einen Personenkomplex, der mit politischer Macht ausgestattet ist, verstanden.

sich durch diese Verleumdungen und Irreführungen die Entwicklung der Ökonomie zu einem weltweiten humanen Instrument für Wohlfahrt und Freiheit verzögert. Das kostet bei uns nicht nur das Glück der großen Zahl, sondern anderswo das Leben. Jean Ziegler schreibt in „Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersache“:

Hunger, Seuchen, Durst und armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft in vollem Gange.

Einige deutsche Ökonomen haben einen neuen Begriff geprägt:  
>Killerkapitalismus<. (S. 104)

Und die Antifaschisten stellen sich mit ihren unqualifizierten Angriffen gegenüber der Freiwirtschaft in den Dienst dieses Killerkapitalismus. Wer kritisieren will, muß in der Sache kritisieren können und nicht nur mit Verleumdungen arbeiten.

## 6. Die Wirkungen nach innen

Jedenfalls aufgrund der Angst, daß die NWO in ein zweifelhaftes politisches Fahrwasser gerät oder verleumdet wird, wird gruppenintern unausgesprochen eine Zurückhaltung in der politischen Präsentation und Verortung der NWO von den Akteuren erwartet. Die Erwartungen sind dabei manchmal gegenläufig. Wer als „Linker“ die NWO für sich als Gestaltungsinstrument entdeckt hat, wird eher eine Abgrenzung nach rechts erwarten. Wer als „Rechter“ die NWO für sich entdeckt hat, wird vermutlich eine Abgrenzung nach Links erwarten. Dabei muß ich nochmals betonen, daß die Worte „Linker“ und „Rechter“ durch ihre diffuse Begrifflichkeit eigentlich unbrauchbar geworden sind. Die Bezeichnungen Progressiver und Konservativer bieten sich aber auch nicht mehr an, weil es progressive Rechte und konservative Linke gibt.

In einem Strategiepapier von Georg Otto das mir vorliegt, wird gefordert, alles zu vermeiden, was den Linken Grund geben könnte, uns in die rechte Ecke stellen und Anschluß an linke Gruppierungen und linke Flügel in den Parteien zu suchen. Nun ist es aber 1. so, daß „links“ einst für gutes und ehrliches Denken und Handeln stand. Aber nicht nur, weil Stalin und Mao Hitler in Bezug auf Grausamkeit Konkurrenz gemacht haben, sondern auch weil die Linken des Westens die Welt mit ihrem Denken und Handeln keinesfalls besser gemacht haben, kann ein Bündnis mit ihnen doch nicht bedenkenlos und gut sein, und 2. werden wir nie in der Lage

sein, so zu denken und zu handeln, daß es den meist konservativen Linken oder gar der Antifa gefällt. Es wäre ein verhängnisvoller Dienst an die Idee der freien Gesellschaft, gedankliche Zumutungen zu übernehmen, nur damit man selber etwas Anerkennung und Einfluß gewinnt. Im Grunde geht es heute darum, ohne linke und rechte Handläufer die steile, von der Mitte ausgetretene und glitschig gewordene Treppe zur humaneren Plattform zu ersteigen. Erst wenn linke Christdemokraten und Sozialdemokraten verstehen und bejahen können, was ursprünglich mit der Sozialen Marktwirtschaft gemeint war, lohnt es sich, sich um ihre Partnerschaft zu bemühen. Die neue, freie und soziale Gesellschaft wird nicht durch eine Diktatur und auch nicht durch die Parteienherrschaft eingeführt werden. Die Freiwirtschaft verträgt sich jeweils mit dem Patriotismus der Gesellschaften, die sie einführen, aber nirgendwo mit einem überzogenen Nationalismus, daß wäre ein Verrat ihres weltoffenen Charakters. Da aber linke Sozial- oder Christdemokraten oder auch die Antifaschisten nie ein geschlossener Block sind, sondern sich aus Individuen zusammensetzen, die wenigstens zeitweise ihren eigenen Kopf gebrauchen, ist es natürlich recht, sie mit freiwirtschaftlichem Info-Material zu versorgen. Wir bieten ja keine Metaphysik an, sondern eine nüchterne ökonomische Sozialtechnik, darüber hinaus eben freiheitliche Gedanken zu allen Bereichen der Gesellschaft.

## 7. Wie kommunizieren wir mit den Sozialwissenschaften

Vorweg: Ich rede häufiger von Sozialwissenschaften und nicht speziell von dem Teilbereich der Wirtschaftswissenschaft, weil ich denke, daß es eine Gesamtverantwortung für die Ökonomie gibt, leider keine Haftung der Wissenschaftler. Es kann auch keine vernünftige Soziologie oder Sozialpsychologie betrieben werden ohne eine solide Ökonomietheorie. Vor der Wende haben sich viele Soziologen von der „bürgerlichen“ Ökonomie zurückgezogen und haben Zuflucht im Marxismus gesucht. Heute ist es wohl so, daß eher beim reinen Kapitalismus Anleihen gemacht werden. Beides erscheint mir als ein Ausweichen vor den eigentlichen Fragen: Wie verschaffen wir der Freiheit, der Gleichheit und der Geschwisterlichkeit hier und anderswo Geltung?

Ich habe weiter oben das Arbeitspapier „Die blinden Flecken der Freiwirtschaftslehre“ von Joseph Brennicke erwähnt. Brennicke schreibt unter „Ausblick: der Weg über die Wissenschaft“:

Wer wirklich etwas verändern will, der muss früher oder später den Weg über die Wissenschaft gehen. Die Politik und die breite Öffentlichkeit wäre kaum bereit, eine Geldreform durchzuführen, wenn die führenden Vertreter der Wirtschaftswissenschaft aus den Bereichen Geld- und Zentralbanktheorie nicht ihr Einverständnis geben. Man kann mit einer wachsenden Mitgliederzahl (z.B. bei der INWO) den eigenen Argumenten Gewicht verleihen und die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler und Politiker erregen. Dazu ist es auch gerechtfertigt, sich bei gesellschaftlichen Strömungen mit ganz anderer Schwerpunktsetzung nach Interessenten umzuschauen und dabei Zeit und Energie zu investieren. Aber selbst wenn auf diese Weise das Interesse an der Geldreformidee vervielfacht werden kann, irgendwann muss man sich auf die Auseinandersetzung mit der Wissenschaft einlassen. In dieser Auseinandersetzung wäre es von Vorteil, eine Sprache zu sprechen mit den Wissenschaftlern, und das kann nur die Sprache sein, die die Wissenschaftler verstehen. Es sollten keine "Szene-Vokabeln" verwendet werden und keine eigenen Definitionen von Begriffen, unter denen der Rest der Welt etwas Anderes versteht (Beispiel: "Kapitalismus"). Dann zählen keine fadenscheinigen Argumente und Glaubenssätze mehr und auch keine Statistiken, die den Betrachter in erster Linie schockieren sollen. Es zählt nur noch ein realistisches Verständnis unserer Wirtschaftsordnung und des Geldsystems. Man braucht dann unantastbare Argumente und ein schlüssiges Konzept für ein alternatives Geldsystem. So weit sind wir leider noch nicht.

Joseph Brennicke ist Dipl. Volkswirt. Es ehrt ihn, daß er dadurch ökonomisch nicht so verbildet ist und er noch wesentliche ökonomische Zusammenhänge erkennt, die nicht Gegenstand seines Studiums waren oder als abseitig abgetan wurden. Wäre das nicht der Fall, würde er sich nicht mit der Freiwirtschaft befassen. Insgesamt gesehen ist es natürlich richtig, daß die Freiwirtschaft als Ökonomieschule sich bemühen muß, die Anschlußfähigkeit an andere Ökonomieschulen – insbesondere jene die in den Hochschulen gelehrt wird – bekommt oder behält (je nach Ausgangslage des Betrachters).

Brennickes Äußerung enthält aber auch Irriges:

7.1. Auch wenn die Freiwirtschaftsschule vorrangig nebenberuflich und in der Hauptsache von Nichtökonomien – jeweils gegen den Trend der Zeit – betrieben wurde, hat es immer Berufsökonomien unter ihnen gegeben, die sich um einen Anschluß an die Hochschulökonomie bemüht hat.

7.2 Die Realität zeigt, daß das, was in den Hochschulen an Ökonomie geforscht und gelehrt wurde, nur ganz bedingt tauglich ist. Der Gewinn ist durch eine einseitige Einlassung auf die Hochschulökonomie also für die Freiwirtschaft völlig ungewiß.

7.3. Bevor die Seuche Nationalsozialismus Deutschland verderben konnte, haben Freiwirte Seite an Seite mit Hochschulprofessoren gegen den Deflationswahnsinn gekämpft. Gustav Cassel, L. Albert Hahn, Irving Fisher und auch Keynes waren die wenigen Hochschullehrer, auf die sich die Freiwirte berufen konnten. Die Masse der Hochschullehrer hat die Zeichen der Zeit damals nicht begriffen, weil ihre Theorien eine realistische Beurteilung der Vorgänge nicht möglich machten. Ist es heute viel anders?

7.4. In den Hochschulen, wo Wirtschaft gelehrt wird, finden wir viele kluge und meistens auch sympathische Lehrer. Aber hat der ganze Lehrbetrieb die Bezeichnung Wissenschaft verdient? Herrschende Lehrmeinungen sind auch nur Meinungen, diese können sowohl etwas sachlich Richtiges beschreiben, aber genauso etwas Irriges. Das Spezialgebiet Ökonomie der universellen Wissenschaft hat sich inzwischen auch schon fast uferlos ausgebreitet, so daß es für den einzelnen Wissenschaftler auch nicht mehr übersehbar ist. Aber nur das zum Gegenstand von Forschung und Lehre zu machen, was gerade gängige Münze ist, wo man sich glaubt mit profilieren zu können oder nach einem Zufallsprinzip die Auswahl des Forschungsgegenstandes vorzunehmen, ist schon keine systematische Wissenschaft mehr. Wenn die Wirtschaftswissenschaftler einer Hochschule oder im Verbund mit mehreren Hochschulen und Instituten oder alle Hochschulen und Forschungsinstitute zusammen ein Suchraster bilden würden, dann würde es ihnen auch gelingen, bei der Schwäche ihrer eigenen Modelle und Erklärungsmuster solche zu finden und zu beachten, die sonst nicht in ihrem Blickfeld liegen. Und sie dürften sich auch bei der Betrachtung und Bewertung von Erklärungsversuchen am Rande von *Mainstream economics* auch nicht von Tabus und Ideologien leiten lassen. Und das geschieht den Ökonomen häufiger, als es ihrer Wissenschaft bekommt.

7.5 Die Ethnologen nehmen allerlei Gefahren und Anstrengungen auf sich, um Wissen und Gebräuche fremder, unerforschter Völker zu erfassen und sie müssen auch eine Möglichkeit finden, mit ihnen zu kommunizieren. Wenn da nun einer käme und sagte, die Dinge müßten umgekehrt sein: Die Fremden müßen die Sprache der Forscher lernen und ihnen ihr Wissen von sich selbst und der Welt - wie sie sie selber sehen - fein säuberlich und katalogisiert niedergeschrieben in ihren Instituten abliefern, dann würde einem solchen Menschen doch der Vogel gezeigt. Den Wirtschaftswissenschaftlern – die sich gut bezahlen lassen und die Forschungsgelder einstreichen - bescheinigt man aber, daß sie eine solche Haltung an den Tag legen dürfen. Nun sind Freiwirte keine Exoten, aber für die Wirtschaftswissenschaft scheinen



sie auf einem unerreichbaren Stern zu wohnen.

7.6 Nun wird immer mal wieder gefordert, daß die Freiwirtschaft ihre Sprache der allgemeinen Wissenschaftssprache angleichen solle. Abgesehen davon, daß eine spezielle Fachsprache nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie auch Spezielles ausdrückt, was in einer allgemeinen Sprache nicht ausgedrückt werden kann, aber nicht, um sich und der eigenen Wissenschaft bedeutung zu verleihen, ist es doch so, daß es vermutlich keine Differenzen zwischen der freiwirtschaftlichen Terminologie und jener der Hochschulen geben würde, wenn die Hochschulen die Freiwirtschaft von Beginn an – was ihre wissenschaftliche Pflicht gewesen wäre - bei sich aufgenommen hätten. Wer Gruppen separiert, muß sich nicht wundern, wenn die Separierten eine eigene Sprache entwickeln. Aber wie viele Begriffe sind auch in der etablierten Wissenschaft nicht eindeutig, so zum Beispiel das Wort Kapital oder Investor. Bei jedem neuen Text muß man sich eigentlich vorher vergewissern, was der jeweilige Autor damit meint. Mit dem Wort Kapitalismus ist es besonders schwierig, weil der synonyme Gebrauch mit Marktwirtschaft spielerisch, unüberlegt aber auch bewußt manipulierend erfolgen kann. Die Marktwirtschaft ist eine dezentrale Kooperations- und Koordinationstechnik zum wirtschaftlichen Leistungsaustausch. Und der Kapitalismus (in seiner privatwirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Erscheinungsform) ist ein Überlagerungsprinzip, eine Möglichkeit mit natürlichen und künstlichen Monopolen ein arbeitsloses Einkommen zu erzielen. Diese beiden Begriffe nicht auseinander zu halten, ist eine wissenschaftliche Schlamperei, die die Freiwirtschaft nicht übernehmen sollte.

## 8. Wie gehen wir mit neuen Strategien um, die auf Einfluß auf den Bundestag zielen

Wenn wir im Internet die Adresse [www.williweise.de](http://www.williweise.de) eingeben, dann ist auf der Startseite zu lesen:

**"Wir bereiten die Ablösung der Regierung  
UND der Opposition vor"**

**"2006 - 2007 - 2008 - 2009  
der richtige Zeitpunkt rückt näher"**

Wer kann das sagen? Das sagen die - vom KURATORIUM NEUE DEMOKRATIE Berlin geschulten - 300 RegionalTeams in den rund 300 Wahlkreisen der Bundesrepublik Deutschland. Unterstützt von der Kultfigur WILLI WEISE.

Daß unsere Demokratie neue Impulse braucht, zeigt die sinkende Wahlbeteiligung. Das unse-

re Politik neue Inhalte braucht, zeigt die Vermehrung statt die Verringerung gesellschaftlicher Probleme. Daß die Regierung und die Opposition abgelöst werden soll, zielt wohl auch auf die permanente Leistungsschwäche der Opposition, die immer nur darauf zu warten scheint, daß der Wähler bei der nächsten Wahl ihre Gestaltungsschwäche vergessen hat. Ich hoffe nicht, daß die Ablösung als eine Abschaffung gemeint ist, denn das wäre ja eine Aufhebung der Demokratie. Die Überlegungen gehen hier wohl davon aus, daß die jetzigen Wahlgesetze nur in Ausnahmefällen neuen Parteien den Zugang zum Bundestag ermöglichen. Und wenn eine neue Partei, die von den Altparteien aufgebauten abwehrenden Hürden überspringt, steht sie so unter Anpassungsdruck, daß das, wozu sie gegründet wurde, bald nicht mehr zu erkennen ist. Die andere Erkenntnis ist, daß unabhängige Kandidaten so gut wie keine Chance haben, in den Bundestag einzuziehen. Nun sieht man die Chance, für jeden Wahlkreis einen unabhängigen Kandidaten aufzustellen und die unabhängigen Kandidaten nicht in einer Partei, aber über einen Verein unter dem Namen der Kunstfigur WilliWeise antreten zu lassen. Der Verein, das Kuratorium neue Demokratie, sorgt durch Schulungen auch dafür, daß die Kandidaten nicht nur ihre individuellen Einsichten und Anliegen in diese „Parlamentseroberung“ einbringen, sondern auch ein Minimum an Gemeinsamkeiten. Der Wähler, so wird offensichtlich kalkuliert, beachtet Einzelkandidaten in der Regel nicht, weil er lieber auf Sieger setzt und aus Erfahrung weiß, daß ein Einzelkandidat so gut wie keine Chance hat. Aber 300 Einzelkandidaten locker vereinigt, würde allemal Eindruck auf den Wähler machen, besonders dann, wenn sie etwas zu sagen hätten, was den Menschen auf den Nägeln brennt.

Initiator dieses politischen Projektes ist – soweit ich das sehe – Friedrich von As Schönbeck von As oder Aš ist dabei sein Autorenname und Geburtsort. Über seine Person und Aktionen erfahren wir etwas unter [www.creatives-management.com](http://www.creatives-management.com). auf [www.gruenesland.net](http://www.gruenesland.net) oder auf [www.geldpartei.de](http://www.geldpartei.de). Friedrich Schönbeck sah sich auch schon als religiöser Botschafter oder Prophet. Unter seiner Botschaft als Avatar ist zu lesen: „Die Probleme dieser Erde wachsen wie eine Lawine. Du hoffst auf ein Wunder? Hier ist es: Das Tor zum Goldenen Zeitalter ist gefunden. Wer, glaubst du, sollte es öffnen können? Wir gemeinsam – du und ich. Ich bin das Tor – du bist der Schlüssel. Laß uns das Tor jetzt öffnen.“ Diese Vorgehensweise wirkt bei uns befremdlich. In den USA ist sie eine allgemeine Erscheinung. Ich berichte das ohne Häme. Der Glaube zeichnet sich eben dadurch aus, daß es einen neuen Jesus gibt, wenn einer glaubt, er sei es und genügend andere Menschen sagen, ja er ist es. In Glaubensdingen spielt es auch keine Rolle, daß die Logik in dem zitierten Spruch nicht stimmt. Wann macht sich

das Tor selber auf? Jedenfalls ist Friedrich ein kreativer Mensch, der schon Vieles versucht hat, um die Botschaft unter das Volk zu bringen, die mich auch umtreibt. Und er hat bestimmt mehr Menschen erreicht als ich. Meine Schwierigkeit, die ich mit ihm habe, ist, daß ich nie so richtig weiß, spricht da jetzt der Werbefachmann, der Demokrat oder der religiöse Mensch mit selbstgestrickter Religion.

Ich sehe durchaus eine Chance mit diesem Projekt Mandate im Bundestag zu erobern, denn ob es gelingt, eine Kandidatenriege aufzustellen die bereit und fähig sind für eine wirklich freie und gerechte Gesellschaft ins Zeug zu legen ist ja noch eine offene Frage. Wenn ich noch die Energie und Selbstüberzeugung hätte wie Friedrich Schönbeck, würde ich einen anderen Weg wählen. Ich würde eine Verfassungssammlung organisieren, in der zehntausende Bürger ihr Ohnmachtsgefühl „Es läuft alles nicht gut!, „Es geht alles den Bach runter!“ überwinden und dadurch erleben könnten, daß sie doch etwas tun können.

Der Engpaß im Sinne der Engpaßkonzentrierten Strategie nach Mewes ist in der politischen Willensbildung das Fehlen eines Verfahrens hunderttausende Bürger in eine gesellschaftliche Standortbestimmung und Zielfindung einzubinden. Wem dies gelingt, der bekommt das, was Friedrich Schönbeck mit WilliWeis vorhat, als Draufgabe.

## 9. Die Revolution der Demokratie

Für neue auf die Gesellschaft bezogene Gedanken sind offensichtlich am ehesten jene Menschen zu haben, die schon Neues im Denken und Handeln wagten. So führte in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts – besonders nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und der damit verbundenen Not – die Suche nach einem selbstbestimmten Leben über die Lebensreform zur Siedlungsbewegung und von dort zur Freiwirtschaft. Es gab nicht nur die großen Projekte wie Eden, wo eine Vielfalt geistiger Strömungen zu einer Wirkungsgeschichte wurde, sondern auch Einzelsiedlungen, wie z. B. die der Eltern der Schriftstellerin Gudrun Pausewang, die von der Freiwirtschaft inspiriert waren ( „Rosinkawiese – Alternatives Leben in den zwanziger Jahren“ ) und Gruppensiedlungen. Verfolgt man z. B. die Geschichte der Unternehmung Voelker ([www.voelkeljuice.de/](http://www.voelkeljuice.de/)) dann stößt man auf die Siedlungsgeschichte Höhbeck. In den „Lebenserinnerungen der Siedler Karl und Margret Voelkel“<sup>11</sup> kann man nachvollziehen, wie die Siedler sich mit kommunistischen Modellen abgeplagt haben und dann die Freiwirtschaftsidee als Befreiung empfunden haben.

Auch in der Alternativbewegung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts haben frei-

<sup>11</sup> Ich habe hier ein Exemplar der 2. Auflage von 1988 – Vertrieb Buchhandlung Pfaff in Lüchow – vorliegen.

wirtschaftlich orientierte Leute mitgewirkt. Manchmal fallen solche freiwirtschaftlichen Aktivisten gar nicht auf, erstens weil sie keine Massenorganisationen ins Feld führen können und dann auch, weil sie ja nicht als Unterwanderer in anderen Tätigkeitsfeldern wirken, sondern die anderen Tätigkeitsfelder als ihr originäres Anliegen vertreten. Bei der Gründung der grünen Partei hat die Fixierung auf die Entwicklung der Gesamtpartei dazu geführt, daß unser freiwirtschaftliches Anliegen in der politischen Rumpelkammer landete. Andere Gruppierungen waren da schlauer, sie gaben ihre speziellen Anliegen für die Gesamtanliegen der Partei aus. Sie wollten oder konnten nicht unterscheiden zwischen den gemeinsamen Interessen aller Mitglieder und ihren speziellen. Das war auch der Grund, daß die Idee der Vielfalt in der Einheit nicht funktioniert hat.

Wenn wir jetzt an die Verfassungsarbeit denken, dem wichtigen Spezialgebiet der politischen Arbeit, dann finden wir auch hier freiwirtschaftlich orientierte Menschen engagiert. Bei dem Verein „Mehr Demokratie“, der sich für die direkte Demokratie einsetzt, fällt mir z.B. Roland Geitmann, Professor an einer Verwaltungshochschule ein. Der ebenfalls freiwirtschaftlich orientierte Johannes Heinrichs, ehemals Professor an der Jesuitenhochschule St. Georgen in Frankfurt, danach einen Lehrstuhl für die Kantforschung der Uni Bonn und Nachfolger auf Rudolf Bahros Lehrstuhl für Sozialökologie der Humboldt-Universität in Berlin usw. hat gleich ein Werk zur Reform oder Revolution der Demokratie vorgelegt. Als sich 1989 die Wende in der DDR abzeichnete, war mir klar, daß die Verfassungsarbeit die wichtigste Aufgabe in dieser Zeit des Wandels war. Wie unsere westdeutschen Politiker dann die politische Schwäche der Bürger aus der untergegangenen DDR ausgenutzt haben, um den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes zu untergraben, dann war und bleibt das eine Schande.

Ich habe im Dezember 1989 in meiner Schrift „Darauf kommt es an! - Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR“ das Notwendige so beschrieben:

### Die Verfassung

Als in der Bundesrepublik das vierzigjährige Bestehen der Verfassung gefeiert wurde, habe ich immer darauf gewartet, daß eine Bestandsaufnahme unserer Verfassung, die wegen gesamtdeutscher Vorbehalte „Grundgesetz“ genannt wird, vorgenommen würde. Ich habe nur Lobhudeleien wie bei einer Ordensverleihung oder Berdigung vernommen. Dies ist bedauerlich, denn eine offene Diskussion hätte die

Stärken, aber auch die Schwächen unserer Verfassung herausarbeiten können. Da nach meinem Verständnis von einer freien Gesellschaft der Staat nur ein Zweckverband der Gesellschaft für Sonderaufgaben sein kann, kann auch die Verfassung nicht etwas „Heiliges“ sein, sondern nur eine Satzung. Satzungen müssen in Frage gestellt werden können, ja, sie müssen sogar ständig unter Wettbewerbsdruck stehen, der von anderen Satzungsentwürfen ausgeht, damit festgestellt werden kann, ob sie noch optimal für die betreffende Gesellschaft sind. Es ist auch eines freien Menschen unwürdig, daß er seine Verfassung nur erben und nicht selbst erarbeiten (und sei es nur durch eine bewußte Bestätigung) können soll. Der Begriff Verfassungsfeind hat einen manipulierenden Charakter, er will den Bürgern das Recht rauben, Gegner der jeweils bestehenden Verfassung zu sein. Nicht weniger problematisch ist der Verfassungsschutz. Die Verfassung kann nicht durch einen Geheimdienst, der herausfinden soll, wer jeweils gegen die geltende Verfassung wirkt, geschützt werden, sondern nur dadurch, daß sie das leistet, was man sich von ihr verspricht, nämlich Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in einer Gesellschaft. Ich denke, daß unsere Verfassung in der BRD von der Exekutiven und Legislativen mehr ausgehöhlt und gefährdet wurde, als von allen politischen Extremgruppen zusammen.

Wenn nun in der DDR eine Chance für einen Neubeginn besteht und diese nicht dadurch vertan werden soll, daß nur eine Variante der bisherigen Gesellschaftsgestalt(ung) gewagt wird, dann muß natürlich auch die Verfassung der DDR auf den Prüfstand. Ich denke, daß es nicht dabei bleiben kann, den Führungsanspruch „der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ im Artikel 1 zu überprüfen, sondern daß die Verfassung Satz für Satz durchgearbeitet werden und neu vom Volk in der DDR beschlossen werden muß. Es dürfte dabei ein schlechtes Verfahren sein, daß nur Änderungsvorschläge von jenen politischen Kräften eingebracht, beraten und beschlossen werden können, die die alte Verfassung geprägt und willkürlich angewendet haben.

#### 6. Empfehlung:

- a) Sowohl die auf Erneuerung drängenden Mitglieder der SED, wie auch opponierende Einzelpersonen, Gruppen und Massendemonstrationen sollten darauf drängen, daß vor Neuwahlen eine verfassungsgebende oder -verändernde Versammlung nach demokratischen Spielregeln einberufen wird. Diese Versammlung sollte aber nur die neue Verfassung erarbeiten. In den Passagen, wo keine Einigkeit erzielt werden kann, sollten die betreffenden Artikel alternativ zur Abstimmung kommen. Die Inkraftsetzung der Verfassung sollte durch einen Volksentscheid erfolgen, der nach Möglichkeit eine Zustimmung oder Verwerfung einzelner Artikel zuläßt.
- b) Die Massenmedien veröffentlichen zu Vergleichszwecken ein Dutzend Verfassungen und Verfassungsentwürfe mit kurzen Abrissen der jeweiligen Entstehungsgeschichte und Hinweise auf Stärken und Schwächen, damit sich jede Bürgerin und jeder Bürger der DDR, der interessiert ist, selber einen Überblick und damit eine Urteilsbasis schaffen kann.

c) Dezentral sollten sich Gruppen bilden, und zwar auch konkurrierend, die Verfassungsfragen intensiv bearbeiten und das Recht erhalten, bei der verfassungsgebenden Versammlung Eingaben zu machen, die diese zu prüfen hat. Weiter wäre es Aufgabe der dezentralen Verfassungs-Gruppen, die Diskussion vor und nach Beschlußfassung der Verfassungsvorlage der verfassungsgebenden Versammlung vor Ort mit den Bürgern anzuregen und zu organisieren, so daß vor dem Volksentscheid ein hoher Informationsstand erreicht wird. Diese Gruppen sollten natürlich nicht nur die unter b) empfohlenen Veröffentlichungen durcharbeiten, sondern auch jene, die in den Bibliotheken der DDR und der BRD zugänglich sind. In meinem Bücherregal steht zum Beispiel das „Bollwerk der Republik - Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“ von Burton J. Hendrick (1937, deutsch 1953, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg), das Buch scheint mir im Themenzusammenhang interessant zu sein.

In dem bereits erwähnten Buch „Zukunftsbewältigung / Deutschland auf der Suche nach seiner Identität“ leitet Karl Steinbuch das Kapitel „Die Praxis der »offenen Gesellschaft« wie folgt ein:

Das deutsche Grundgesetz ist nach den Idealvorstellungen der »offenen Gesellschaft« angelegt. Dies zeigt z. B.

Artikel 2:

»Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.«

Artikel 5:

»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.«

Das, was ich von Karl Steinbuch aufgenommen habe, macht mir den Eindruck, als hätten wir es mit ihm mit einem 68er-Geschädigten zu tun. Der für deutsche Verhältnisse damals starkte Protest – der ja nicht nur ein Studentenaufstand war - gab in Form vom Inhalt hergesehen genügend Anlaß, sich am bis dahin Erreichten festzuhalten und es zu idealisieren. Trotzdem war der Protest aus meiner Sicht notwendig. Daß er keinen Fortschritt brachte, lag meines Erachtens daran, daß weder die Hochschulen noch die schreibende Zunft dem Protest neue, zukunftsweisende Vorlagen gab. Die gewollte Progression wurde durch Rückgriff auf damals schon überholte marxistische Wirklichkeitsdeutung zu einer Regression. Aber Steinbuch muß zu viel für sich alleine oder im eignen Kreis gedacht haben, sonst hätte er erkennen müssen,

daß das Gerede von der freien und offenen Gesellschaft in der BRD vorwiegend eine Ideologie war und ist. Nur im Vergleich mit der DDR beherbergte die BRD eine freie Gesellschaft. Es wird viel geschrieben und gesagt in Deutschland, aber eine offene Erörterung gibt es bei uns weder über das politische und ökonomische System, weder über das Bildungssystem noch über das soziale Netz. Diskutiert wird nur, was in das Denkraster der politischen Klasse fällt. Und die Politiker verteidigen ihren eingeeengten Denkhorizont damit, daß sie abweichendes Denken in die Tabuzone des Links- oder Rechtsradikalen schieben. Dabei kommt dann z.B. heraus, daß die Kritik an dem Fraktionszwang ein Kriterium für Rechtsradikalismus wird. Dabei ist es so, daß der Kampf gegen jeglicher Art von Monopolisierung, Kartellisierung und Einschränkung des Wettbewerbers (auch des politischen) eine ur-liberale Angelegenheit ist. Und wenn der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier, lt. HAZ vom 18. 12. 06 die Parlamente stärken will, so muß er mit seinem Vorhaben scheitern, wenn er nicht vorher die in den Verfassungen gar nicht vorgesehenen Fraktionszwänge aufheben hilft.

Aber zurück zu Steinbuch und seiner Einleitung zum Kapitel ... Offene Gesellschaft. Der Artikel 5 GG ist eindeutig und klar. Ihn zu verteidigen – auch gegen Verfassungsorgane – ist erste Bürgerpflicht, solange sich der Bürger noch als Demokrat oder Anarchist versteht. Der Artikel 2 dagegen ist schon ziemlich unklar: Was gehört zur die Entfaltung der Persönlichkeit? Gehört z. B. da auch die Zwangsrekrutierung der Schüler zu? Zu der Idee von einer Demokratie gehört auch, daß das Volk sich die Verfassung selber gibt, daß es sich schon vorher einig wird über die Verfahren der Verfassungsfindung und der Inkraftsetzung. Bei uns ist es doch so, daß das Grundgesetz in erster Stufe ein Oktroi der Sieger war (siehe das weiter unten folgende Zitat von Mitscherlichs) und in zweiter Stufe nach der Vereinigung ein Werk der Parteienherrschaft. Und dabei vermuten die Verfassungsorgane Regierung und Parlament (für die die Verfassung der Handlungsrahmen sein soll) immer noch, daß sie der Verfassungsgeber sind und ändern darum die Verfassung ganz nach Tagesbedürfnissen.

Und was ist das für eine Logik, wenn ein höchstrangiges Gesetz, wie es das Grundgesetz ist und innerhalb dieses Gesetzes die höchstrangigen Normen ein Recht einräumen, daß sich auf ein Gesetz beruft, das kein Gesetz ist. Ich zitiere aus Wikipedia:

Das **Sittengesetz** ist mitnichten eine ausformulierte, schriftlich niedergelegte Norm sondern das, was in der allgemeinen Rechtsauffassung als sittsam gilt. Insofern wird es stark durch die Ansichten der Gesellschaft und die dort vorherrschenden Moralvorstellungen geprägt und ist einem steten Fluss unterworfen.

Jede Wahlperiode, jede Entscheidung eines Gerichtes kann uns ein anderes Recht auf Entfal-

tung der Persönlichkeit bringen. Sicher es gibt Grenzen der Leistungsfähigkeit der Gesetzgebung, beklagt wird ja nicht nur die Ungenauigkeit der Gesetze, die nicht nur ihre Ursache in unklaren Begriffen hat, sondern auch die Flut der Gesetze. Die größte Schwäche liegt aber nicht im Demokratiemodell, sondern im Denken der Amts- und Mandatsinhaber und der Lehrer, die diese Bürger auf ihre Aufgabe vorbereiten.

Ich schreibe hier ja quasi pro domo und daher: Bei allen notwendigen politischen Auseinandersetzungen haben die Freiwirte und Freiwirtinnen keinen Grund, sich in die politisch linke oder rechte Ecke stellen zu lassen, aber sich auch nicht zu den Laumännern der Mitte zählen zu lassen. Wir haben ein eigenständiges politisches Profil, wenn je nach Herkunft und Werdegang der Mitwirker auch unterschiedlich geprägt. Wir können ja zugeben, daß es sich in unsere Gesellschaft leben läßt, aber unsere Vorstellungen von einer freien und gerechten Gesellschaft sind besser. Es gilt also der Satz: Das Bessere ist der Feind des Guten. Aber wenn ich einen Titel schreibe wie „Die Feinde der Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit beziehen Ministerhälter und Abgeordnetendiäten“ dann schließt das den Respekt und die Liebe zu den Adressaten nicht aus. Bei aller Mißachtung, die wir erfahren, würden wir uns selbst verraten, wenn wir den Spieß umkehren wollten.

Mit dem nachfolgenden Zitat von Thomas Jefferson (1743 – 1826), Verfasser der Unabhängigkeitserklärung der USA und ihr 3. Präsident, erinnere ich daran, daß wir für die Lebenden zu wirken haben und nicht für die Toten.

Jefferson schreibt über das Staatsschuldensystem:

> Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; daß jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers diese Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vergängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren. <  
(Brief an John Tayior, 28. Mai 1816)

Andernorts schreib er zur politischen Macht der Toten über die Lebenden

> Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufherrschen dürfen, die diese nicht sollen



ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden. <

(Brief an William Wirt, 30 Mai 1811 in: The Writings of Thomas Jefferson, Washington D. C., 1903) Zitiert nach Ezra Pound: *Usura - Cantos XLV und LI*, Hrsg. Eva Hesse, 1985.

Und mit dem letzten und längeren Zitat aus „Die Unfähigkeit zu trauern“ von Alexander und Margarete Mitscherlich zeige ich, daß man aus ganz anderen Zusammenhängen für die gleiche Sache, den humanen Fortschritt, in unserer Gesellschaft wirken kann.

Von allen Staatsformen gewährt die parlamentarische Demokratie ihren Mitgliedern das größte verbrieftete Recht auf individuelle Freiheit. In der Tat und Wahrheit ist der Spielraum nicht groß. Es kann deshalb nicht als Ausdruck eines ängstlichen Pessimismus gedeutet werden, wenn man sich um den Fortbestand dieses Wenigen Sorge macht. Denn offenbar fällt es unvergleichlich schwerer, eine kollektive Lebensform zu erreichen, welche Gedankenfreiheit gewährt - als Basis jeder Freiheitserfahrung -, als diese Freiheit wieder zu verlieren. ...

Gibt es neben unserem Streben nach Reichtum auch ein neuerdings erwachtes nach Freiheit? Mehrt oder mindert sich die Toleranz, abweichende Meinungen - auch solche, die uns ärgern - zu ertragen und zu achten? Ist Gedankenfreiheit für die Bürger unseres Landes zur unabdingbaren Forderung an ihre Gesellschaft geworden? Mit anderen Worten: Wird diese Freiheit lebendig empfunden, oder ist sie ein günstiger Zufall, der, wie in der Weimarer Republik, wieder rasch verloren gehen könnte? Das sind Fragen nach der Stabilität des Bewußtseins der Vielen, welche unsere Öffentlichkeit ausmachen. ...

Wo Gedankenfreiheit nicht fortwährend kritisch herausgefordert wird, ist sie in Gefahr, wieder zu verlöschen. Denn sie ist an den schwächsten Teil unserer seelischen Organisation, an unser kritisches Denkvermögen, geknüpft. (S. 7 und 8)

Für alle Länder, die vom Prozeß der Industrialisierung ergriffen wurden, wird die fatale Frage immer drängender, wie man politisches Engagement der Massen gerade an den Prozessen erreichen könnte, die über ihr Fortleben und die Art ihres Zusammenlebens entscheiden, auf die sie aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwindende Möglichkeiten des Einflusses haben. Denn die Vorgänge der Konzentration der Macht an wenigen Orten, die höchst vermittelte Einflußmöglichkeit vielseitig abhängiger Spezialisten schließen aus anderen Gründen als in der Vergangenheit, aber ebenso wirkungsvoll die Massen von den politisch wirklich bedeutenden Entscheidungen aus. Die Verhärtung in nationalistischer Selbstbezogenheit hat hierin eine ihrer Wurzeln. ...

Aus einer unter dem Nationalsozialismus rückschrittlich aggressiven wandelten wir uns, was den Phänotypus betrifft, in eine apolitisch konservative Nation. Das ist relativ leicht darstellbar am Mangel an Neugier. Psychologisches Interesse für die Motive, die uns zu Anhängern eines Führers werden ließen, der uns zur größten materiellen und moralischen Katastrophe unserer Geschichte führte - was mit Vernunft betrachtet das brennendste aller Erkenntnisprobleme sein müßte -, haben wir nur wenig entwickelt und uns auch nur wenig für die Neuordnung unserer Gesellschaft interessiert. ...

„Die Restitution der Wirtschaft war unser Lieblingskind; die Errichtung eines demokratischen Staatsgebäudes hingegen begann mit dem Oktroi der Sieger, und wir wissen heute nicht, welche Staatsform wir selbst spontan nach dem Kollaps der Nazierrschaft gewählt hätten; wahrscheinlich eine ähnlich gemildert autoritäre von Anfang an, wie sie sich heute aus den demokratischen Grundlagen - die wir schrittweise bis zur Großen Koalition hin aufgeben - entwickelt haben. Es ist nicht so, daß man den demokratischen Staatsgedanken ablehnte wie weitgehend während der Weimarer Republik. Man kann aber auch wenig mit ihm anfangen, weil man ihn, psychologisch gesprochen, nicht libidinös zu besetzen versteht. Es ist kein spannendes Spiel der Alternativen, das in unserem Parlament ausgetragen würde, wir benützen diesen Staat als Instrument für Wohlstand - kaum der Erkenntnisproduktion; entsprechend drängen sich nur wenig politisch schöpferische Talente in die Ämter. ... (S. 18 und 19)

Ein Restitution der Wirtschaft wollten und wollen die Freiwirtinnen und Freiwirte nicht, sie wollten eine Evolution mit revolutionären Wirkungen über einen marktwirtschaftlichen Weg, aber anders als die Neo-Neoliberalen. Die Legitimierung des demokratischen System und die Reformierung durch die Bürgerschaft und nicht durch eine Parteienklicke ist das Ziel. Ja der schlanke Staat mit einem freien Bildungswesen und einem selbst gewählten und verwalteten sozialen Sicherungssystem ist das Ziel wie in der Startzeit der Sozialen Marktwirtschaft. Die gleiche Freiheit in sozialer Gerechtigkeit ist das übergeordnete Ziel.

Man kann den Menschen, die für die Realisierung der Natürlichen Wirtschaftsordnung gewirkt haben, viel an Mängeln vorwerfen. Nur wer ihnen eine faschistische Gesinnung oder Ziele vorwirft, der macht dies aus Böswilligkeit oder aufgrund eines Mangels an politischem Sachverstandes. TA